

## Niederschrift

über die **öffentliche Sitzung der Struktur- und Sparkommission am 21. Juni 2010** im Sitzungssaal des Schlosses Schönau

### Anwesend

1. Bürgermeister Weissbrodt

Ortsvorsteher Gehr  
Ortsvorsteher Sauer

Entschuldigt gefehlt: Ortsvorsteher Thelen

2. Die Stadträte

Ays, Cremer-Ricken, Hansmann, Haus, Koubik, Maier, Schoo, Schwarz-Gröning, van Veen, Walter

Entschuldigt gefehlt: Stadtrat Biendl

Als Zuhörer: Stadträte Butz, Vögtle

3. Verwaltung:

Stadtkämmerin Huber  
Rechts- und Ordnungsamtsleiterin Schwerdtner  
Baurechtsamtsleiter Rünzi  
Bauverwaltungsleiter Weiß  
Technischer Dienst-Leiter Strittmatter  
Geschäftsführer Eigenbetrieb Städtische  
Abwasserbeseitigung Frenzel  
Personalratsvorsitzende Burkert

Entschuldigt gefehlt: Stadtbauamtsleiter Rohrer  
Personalabteilungsleiter Werner

4. Hauptamtsleiter Lau als Protokollführer

Beginn: 18.00 Uhr  
Ende: 21.05 Uhr

Vor dem Hintergrund der dem Gemeinderat bereits empfohlenen Deckelung der Ausgaben bei den Städtepartnerschaften nimmt der **Bürgermeister** Bezug auf eine Berichterstattung im Südkurier, wonach er in der russischen Kurstadt Belokurikha einen Städtepartnerschaftsvertrag abgeschlossen habe. Tatsächlich habe er sich auf Einladung der Region Altai mit einer kleinen Bad Säckinger Wirtschaftsdelegation in der westsibirischen Kurstadt aufgehalten. Vertreter dieser Stadt hätten sich auch eine Städtepartnerschaft gewünscht, die er aber von vornherein abgelehnt habe. Eine solche Verbindung könne erst am Ende eines langen Kennenlernprozesses stehen. Allerdings habe er eine Kooperationsvereinbarung für die Bereiche Wirtschaft, Tourismus und Gesundheit unterzeichnet. Es sei für alle Beteiligten klar, dass dem Eingang einer städtepartnerschaftlichen Beziehung ein Beschluss im Gemeinderat vorangehen müsse.

Der **Bürgermeister** sieht den Schwerpunkt der heutigen Beratungen in den Bereichen Vereinszuschüsse sowie Kinder- und Jugendhaus. Den Gartenbereich empfehle er auszuklammern und unter dem Einzelplan 7 (Technische Dienste) in der nächsten öffentlichen Sitzung der Struktur- und Sparkommission zu behandeln.

**Stadtrat Schoo** bezieht sich auf das Protokoll der Sitzung am 20. Mai 2010, nach welchem Stadtrat Maier „die Eröffnung von Nebenkriegsschauplätzen, wie z.B. eine von der SPD initiierte Unterschriftenaktion oder gar der Missbrauch von nichtinformierten Jugendlichen zur Verhinderung der Schließung des Jugendhauses“ strikt abgelehnt habe. Er verwehre sich gegen diese Darstellung, die jeglichen Wahrheitsgehalts entbehre und bitte seinen Ratskollegen Maier um Richtigstellung.

**Stadtrat Maier** steht grundsätzlich zu dem, was im Sitzungsprotokoll festgehalten worden sei. Er habe sich bei seiner Äußerung auf eine Veröffentlichung in der Lokalpresse zum Thema Kinder- und Jugendhaus im Rahmen einer SPD-Hauptversammlung bezogen. Er sei gerne bereit, die entsprechenden Artikel mit der SPD-Fraktion durchzugehen.

### **Einsparungs- und strukturelle Maßnahmen im Bereich der Einzelpläne 3, 4 und 5 des städtischen Haushaltsplanes**

#### Vereinsförderung

**Stadtrat Hansmann** schlägt vor, sich bei der Diskussion um die Vereinszuschüsse grundsätzlich an den Kultur- und Sozialförderrichtlinien der Stadt Bad Säckingen vom 08.04.2002 zu orientieren und zu prüfen, ob diese korrekt umgesetzt werden. Existenzhaltende Vereinsstrukturen dürften nicht angetastet werden. Jedoch halte er es für erforderlich, in der Vergangenheit gewachsene traditionelle Strukturen auf den Prüfstand zu stellen. Dabei gelte es zu bewerten, ob Privilegien aus alter Zeit mit den Förderrichtlinien vereinbar seien. Insgesamt müsse das Hauptaugenmerk auf die Jugendförderung gelegt werden.

Der **Bürgermeister** weist auf die immensen Leistungen der Kultur- und Sportvereine für das Gemeinwesen hin. Die Arbeit in diesen Institutionen sei wichtig für den sozialen Zusammenhalt, das Gemeinschaftsgefühl und die Integration in das Gesellschaftsleben der Stadt. Es komme der Quadratur des Kreises gleich, die Vereine nicht so zu beschneiden, dass ihre Existenzfähigkeit nicht bedroht werde und mit den einzuleitenden Maßnahmen dennoch einen Einspareffekt zu erzielen. Das Problem liege in dem eigentlich wünschenswerten heterogenen Vereinsleben mit seinen unterschiedlichen Strukturen und

Regelungen in der Stadt. Es sei nahezu ausgeschlossen, hier eine einheitliche Linie zu finden und die verschiedenen Parameter miteinander vergleichbar zu machen. Somit sei die Frage der Gerechtigkeit und Gleichbehandlung der Vereine kaum noch zu beantworten.

**Stadtrat Schoo** bezeichnet die Vereinsförderung als schwieriges Thema, jedoch böten die Unterlagen der Stadtverwaltung eine erste sehr gute Möglichkeit zur Analyse des bestehenden Status quo. Auf Anhieb zu erkennen seien zwei Ungleichgewichte. Sportvereine würden nur geringe Zuschüsse erhalten, dafür dürften aber Hallen und Plätze kostenlos genutzt werden. Kulturvereine würden hingegen mit einer relativ hohen Förderung bedacht, hätten jedoch nur wenige Mittel zur Finanzierung der notwendigen Räumlichkeiten zur Verfügung.

Er habe Herrn Felix Kromer als Vorsitzenden des Sportausschusses der Stadt um die Ausarbeitung eines Vorschlages zur strukturellen Gliederung und Bewertung der vorliegenden Zahlen und Daten der Sportvereine gebeten. Aus Sicht der SPD-Fraktion könnte diese Untersuchung eine Hilfestellung für eine möglichst gerechte Verteilungskonstruktion sein. Die SPD-Fraktion stelle den Antrag, Herrn Kromer das Wort zu erteilen.

Beschluss: (einstimmig)

Dem Antrag der SPD-Fraktion wird entsprochen.

**Herr Kromer** stellt eingangs fest, dass die (Sport-) Vereine zum Sparen bereit seien. Eines der größten Probleme sei die Vergleichbarkeit der Vereine untereinander, die nicht herzustellen sei. In der allgemeinen Diskussion über die Vereinsförderung habe er diffuse Vorbehalte der Sportvereine gegen die Kulturvereine bemerkt. Um so wichtiger sei es, eine Transparenz der Strukturen herzustellen. Auf Basis des von ihm erhobenen Datenmaterials der Sportvereine habe er einen Lösungsansatz entwickelt, der eine Annäherung an die Vergleichbarkeit erlaube. Jedoch weise er ausdrücklich darauf hin, dass die Datensammlung fehler- und lückenhaft sei und zum Teil auch auf Annahmen beruhe. Kriterien seines Modells seien Mitgliederzahlen, Mitgliedsbeiträge, Nutzungsdauer von Hallen und Plätzen sowie der Nutzungsfaktor unter Einberechnung der monetären Gegebenheiten.

Der **Bürgermeister** bedankt sich für die den Horizont erweiternden Ausführungen, die aber in eine ganz andere Richtung als gedacht zielen würden, da bei den Kulturvereinen die Problematik wieder gänzlich anders gelagert sei. In der Darstellung von Herrn Kromer sei überaus deutlich geworden, dass mit der Berechnung und Erhebung von Gebühren ein enormer bürokratischer Aufwand betrieben werden müsse und ein ohnehin kaum zu überschauendes System zusätzlich verkompliziert werde. In der Konsequenz plädiere er dafür, auf Hallen- und Raumnutzungsgebühren künftig zu verzichten.

**Stadtrat Schoo** spricht sich dafür aus, systematische Lösungsansätze aus der Präsentation von Herrn Kromer in der weiteren Vorgehensweise zu berücksichtigen. Die Belegung der Sporthallen werde ohnehin vom Sportausschuss vorgenommen. Der Organisations- und Verwaltungsaufwand sei mit den heutigen Datenbankkapazitäten ohnehin nicht so groß wie vom Bürgermeister befürchtet. Unverständlich sei für ihn dessen Aussage, dass die Kulturvereine noch komplizierter strukturiert seien.

Der **Bürgermeister** vertritt nach wie vor die Auffassung, dass der von ihm erwartete gigantische Verwaltungsaufwand nicht allein mit ein paar Datenbanken zu stemmen sei. Fakt sei auch, dass die Kostenberechnung bei den Kulturvereinen im Verhältnis deutlich schwieriger sei als bei den sporttreibenden Vereinen. Problematisch seien hier vor allem die klaren Zurechenbarkeiten.

**Stadtrat Haus** erinnert daran, dass für die Unterhaltung von vier Sportplätzen im Stadtgebiet insgesamt € 160.000,- veranschlagt seien. Auf Dauer sei ein solcher (finanzieller) Aufwand nicht leistbar. Die Sportvereine müssten verstärkt in die Verantwortung genommen werden mit dem Ziel, die Pflege- und Bewirtschaftungskosten für die Sporteinrichtungen zu senken. Es müsse möglich sein, eine schrittweise Lösung gemeinsam zu erarbeiten.

**Stadträtin Cremer-Ricken** pflichtet dem Bürgermeister bei, dass es keine absolute Gerechtigkeit gebe. Sie votiere dafür, die Hallenbelegung weiterhin dem Sportausschuss zu überlassen. Im Übrigen tendiere sie dazu, auf die Erhebung von Hallenbenutzungsgebühren zu verzichten, da die Sporthallen ohnehin von den Schulen genutzt würden.

Der **Bürgermeister** macht sich dafür stark, den Sportvereinen die städtischen Infrastrukturen weiterhin kostenlos zu überlassen, darüber hinaus aber die Fördermittel schrittweise zu streichen. Dabei sei er sich dessen bewusst, dass eine solche Regelung die Kulturvereine härter treffen würde.

**Ortsvorsteher Sauer** fordert, den Harpolinger Vereinen die Förderung zu belassen, da Jugendliche aus dem Ort das Kinder- und Jugendhaus und andere Einrichtungen aufgrund der schlechten Busverbindungen zur Kernstadt kaum nutzen könnten.

**Stadtrat Schoo** bittet, analog zu den von den Sportvereinen bereits gelieferten Daten entsprechende Aufstellungen von den Kulturvereinen zu verlangen, um eine größere Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Leistungen und infrastrukturellen Gegebenheiten herstellen zu können.

**Stadträtin Vögtle** gibt zu bedenken, dass Wasser und Energie für duschende Sportler bislang kostenlos zur Verfügung gestellt würden. Sie halte es für durchaus denkbar, die Hallennutzer an diesen Kosten zu beteiligen und durch die Aufstellung von Automaten Einnahmen zu generieren.

**Stadtrat Ays** hält dem entgegen, dass die Anschaffungskosten für entsprechende Münzautomaten so hoch seien, dass deren Betrieb für die Stadt unrentabel sei.

Auch **Stadtrat Maier** ist der Meinung, dass die Betriebskosten für die städtischen Sportanlagen zum großen Teil durch die Vereinsnutzung in den Abendstunden entstehen. Mit Eigenleistungen der Vereine könne dieser Aufwand nach unten gedrückt werden. Beispielsweise könnten Personalkosten für Hausmeister oder Reinigungsdienst eingespart werden. Dies sei der richtige Weg und Sparbeitrag, mit dem alle leben könnten.

Der **Bürgermeister** sichert zu, diesen Denkansatz intern und mit den Vereinen zu diskutieren.

**Stadtrat van Veen** bezeichnet es als grundsätzlich richtig, auf der einen Seite Einnahmen zu generieren und auf der anderen Seite Zuschüsse zurückzuführen. Hieraus resultiere sein möglicherweise konsensfähiger Vorschlag zur Pauschalierung von Gebühren für alle Vereine und die zeitlich abgestufte Reduzierung der großen Zuschüsse für die Kulturvereine. Bagatellzuschüsse könnten ganz gestrichen werden.

**Stadtrat Hansmann** sympathisiert mit einer stufenweisen Absenkung der Zuschüsse für Vereine, die im Gegenzug sukzessiv Beiträge einführen oder anheben könnten. Davon ausgenommen werden müsse die Jugendförderung, die im Sinne der aktuellen Kultur- und Sozialförderrichtlinien weiterhin Bestand haben solle.

**Stadtrat Schoo** stellt fest, dass von vielen Kulturvereinen keine oder nur niedrige Mitgliedsbeiträge erhoben würden. Diesen Sachverhalt gelte es im Sinne einer gerechten Zuschussregelung transparent zu machen.

**Stadtrat Maier** wirbt dafür, Vereinszuschüsse im Rahmen eines Zeitfensters langsam abzusenken, dabei aber die Jugendarbeit der Vereine zu berücksichtigen. Die Gewährung von Klein- und Kleinstzuschüssen halte er für nicht notwendig. Auch Sonderzuschüsse dürfe es in Zukunft nicht mehr geben.

**Stadtrat Haus** möchte nicht an den Kleinbeträgen sparen, da diese sehr oft im Zusammenhang mit der Jugendförderung geleistet würden. Sein klares Votum gelte der Reduktion der Dirigentenzuschüsse, wobei ihm eine Berücksichtigung der Jugendkomponente und eine zeitlich abgestufte Regelung wichtig sei.

**Stadtrat Maier** stellt die Forderung, die Stadtmusik ebenfalls auf den Prüfstand zu stellen und den „Verein“ beim sächlichen Aufwand mehr in die Pflicht zu nehmen, um eine Kostenreduzierung zu erreichen.

**Die Struktur- und Sparkommission beauftragt die Verwaltung mit der Ausarbeitung eines Vorschlages zur Einführung einer pauschalen Gebühr für Vereine für die Nutzung von städtischen Sporthallen und –plätzen sowie Räumlichkeiten.**

**Dem Gemeinderat wird empfohlen, die Vereinszuschüsse jährlich abgestuft bis zum Jahr 2013 auf Null zurückzuführen. Die Vereine sollen auf diese Weise zeit erhalten, ihre Beitragsstrukturen anzupassen und sich neue Einnahmequellen zu erschließen.**

**Weiter wird dem Gemeinderat empfohlen, die Jugendarbeit der Vereine auch künftig zu fördern. In diesem Zusammenhang wird die Verwaltung beauftragt, Vorschläge für eine „Jugend-Komponente“ zu unterbreiten.**

Abschließend teilt der **Bürgermeister** mit, dass er die Streichung von Kleinstbeiträgen und Kleinzuschüssen für durchaus denkbar halte. Die Verwaltung werde sich zunächst intern mit dieser Angelegenheit befassen.

Die teilweise Übertragung der Sportplatzpflege auf Vereine sehe er eher problematisch, da unter einer solchen Maßnahme die Qualität der Plätze leiden würde.

Die Stadtmusik sei kein rechtlich selbständiger Verein, sondern eine Einrichtung der Stadt. Insofern sei eine Abschaffung des Zuschusses für diesen Bereich obsolet, zumal für das Orchester seit Jahrzehnten ein hauptamtlicher Dirigent (Stellenanteil 50 %) gestellt werde. Die Stadtmusik sei aber bemüht, auch eigene Einnahmen zu generieren.

## Kinder- und Jugendhaus

Der **Bürgermeister** erinnert an die Empfehlung der Struktur- und Sparkommission an den Gemeinderat, einen Neustart der Kinder- und Jugendarbeit auf Basis des von der Kinder- und Jugendkommission entwickelten Leitbildes anzugehen. Dieser Neuanfang impliziere eine mögliche Schließung des Kinder- und Jugendhauses bis Ende 2010. Kinder- und Jugendreferent Knorre und Mitarbeiterin Katja Glaus seien beauftragt, bis zu diesem Termin ein Konzept mit dem Schwerpunkt einer „Aufsuchenden Kinder- und Jugendarbeit (Streetworking)“ vorzulegen. Darüber hinaus sei die Verwaltung mit der Prüfung zur weiteren Verwendung des Kinder- und Jugendhauses beauftragt worden.

**Cathrin Dembeck**, Vorsitzende des Jugendparlamentes, habe in einem heute geführten Gespräch bekräftigt, dass die Jugendarbeit Räume benötige. Sie sei der Ansicht, dass aus den Räumen im Kinder- und Jugendhaus mit flexibleren und zeitlich ausgedehnteren Lösungen mehr gemacht werden könne als bisher. Darüber hinaus habe sich die Jugendparlamentvorsitzende auch für eine „Aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit“ ausgesprochen.

Das Jugendparlament werde in dieser Sache eine Umfrage machen, deren Ergebnisse noch vor der Sommerpause vorliegen sollen.

Der **Bürgermeister** sieht das Erfordernis, Jugendarbeit und Kinder- und Jugendhaus thematisch voneinander zu trennen. Ein Verzicht auf das Gebäude sei nicht gleichzusetzen mit dem Verzicht auf die Kinder- und Jugendarbeit. Allerdings müsse man sich die Frage stellen, ob das Kinder- und Jugendhaus noch zeitgemäß sei und den Bedürfnissen der Jugendlichen gerecht werde.

**Stadtrat Maier** stellt die Jugendarbeit in der Stadt nicht zur Disposition. Jedoch müsse das Leitbild vorangebracht und gestärkt werden. Wenn im Rahmen der Konzeptentwicklung deutlich werde, dass die „neue Jugendarbeit“ in anderen Räumen eher machbar sei als im Kinder- und Jugendhaus, müsse geprüft werden, ob auf das „Alte Gefängnis“ nicht zuletzt wegen der hohen Unterhaltungskosten verzichtet werden könne. Kinder- und Jugendreferent Knorre müsse beauftragt werden, seine Planung auf der Grundlage dieser Vorgaben zu entwickeln. Die Stadt müsse für gutes Geld auch gute Leistungen in der Kinder- und Jugendarbeit bekommen.

**Stadtrat Schoo** hält fest, dass das im Gemeinderat verabschiedete Leitbild für die Kinder- und Jugendarbeit nicht das Leitbild des Kinder- und Jugendhauses, sondern jenes der Stadt Bad Säckingen sei. Wenn sich bei der Konzeptentwicklung herausstelle, dass auf das Kinder- und Jugendhaus in Zukunft verzichtet werden könne, müsse darüber diskutiert werden. Zum jetzigen Zeitpunkt lägen aber keine diesbezüglichen Erkenntnisse vor. Bei dieser Gelegenheit werbe er in dieser Sache um eine Hilfestellung für den Gemeinderat durch externe Experten des Landes oder des Landkreises.

**Stadtrat Koubik** äußert, dass im Rahmen der Prüfung der Strukturen in der Kinder- und Jugendarbeit auch untersucht werden müsse, ob das Geld für das Kinder- und Jugendhaus auch optimal eingesetzt werde. Dabei stehe die Frage im Vordergrund, ob die Arbeit im Kinder- und Jugendhaus noch zeitgemäß sei und welche Möglichkeit die Stadt habe, mit anderen Trägern der Kinder- und Jugendarbeit zu kooperieren und sich mit diesen zu vernetzen. Die Fraktion der Grünen mache sich für die Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt stark und sei bereit, für ein zukünftiges Gesamtkonzept Geld in die Hand zu nehmen.

**Stadträtin Schwarz-Gröning** bekennt sich zum Leitbild der Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt, das nun umgesetzt werden müsse. Sie wünsche sich eine gute und qualifizierte Kinder- und Jugendarbeit in Bad Säckingen. Der Verzicht auf das „Alte Gefängnis“ sei derzeit noch kein Thema. Zunächst gelte es, die Kräfte zu bündeln und das heute mehrfach angesprochene Konzept auszuarbeiten.

**Stadtrat Haus** bittet vorab zu prüfen, ob und welche Räumlichkeiten außerhalb des Kinder- und Jugendhauses nutzbar seien. Im Übrigen erwarte er mit Spannung das dem Kinder- und Jugendreferat in Auftrag gegebene Konzept.

**Stadtrat Schoo** wiederholt seinen Antrag, Experten des Landes oder des Landkreises Gelegenheit zu geben, zur Problematik der Kinder- und Jugendarbeit im Gemeinderat zu referieren.

**Stadtrat Maier** sieht hierfür keine Notwendigkeit, da im Rahmen der Ausarbeitung des Leitbildes ausreichend Sach- und Fachkompetenz eingebunden gewesen sei.

Der **Bürgermeister** stellt fest, dass auch bei den anderen Fraktionen kein zusätzlicher Beratungsbedarf bestehe.

**Stadträtin Cremer-Ricken** rät, sich mit dem Antrag der SPD-Fraktion erst nach Vorliegen der Konzeption des Kinder- und Jugendreferats zu befassen.

**Stadtrat Maier** bittet die Verwaltung um Prüfung, was mit dem Kinder- und Jugendhaus am Immobilienmarkt finanziell erlöst werden könnte.

Der **Bürgermeister** sieht Probleme bei der Umsetzung des Wunsches von Stadtrat Maier.

**Die Struktur- und Sparkommission sieht derzeit keine Notwendigkeit, sich von Experten des Landes oder des Landkreises zusätzlich zum Thema „Kinder und Jugendarbeit“ in der Stadt Bad Säckingen beraten zu lassen. Zunächst soll die dem Kinder- und Jugendreferat in Auftrag gegebene Konzeption zur Umsetzung des Leitbildes der Kinder- und Jugendarbeit in Bad Säckingen abgewartet werden.**

**Die Struktur- und Sparkommission schlägt dem Gemeinderat wie auch schon am 08. März 2010 vor, einen Neustart der Kinder- und Jugendarbeit auf Basis des von der Kinder- und Jugendkommission entwickelten Leitbildes anzugehen. Der Neuanfang impliziert eine Schließung des Kinder- und Jugendhauses bis Ende 2010. Kinder- und Jugendreferent Knorre und Mitarbeiterin Glaus sollen bis zu diesem Termin Gelegenheit erhalten, ein Konzept mit dem Schwerpunkt einer „Aufsuchenden Kinder- und Jugendarbeit (Streetworking)“ zu erarbeiten und zu realisieren.**

### Kunst und Handwerk

Der **Bürgermeister** stellt fest, dass sich dieses Thema mit der Übernahme der Organisation der Veranstaltung „Kunst und Handwerk“ durch die Tourismus GmbH erledigt hat.

Heimatpflege

**Stadtrat Maier** bittet um Auskunft, ob der Weihnachtsmarkt und das Brückenfest künftig definitiv vom neu gegründeten Verein „Pro Bad Säckingen“ organisiert und finanziert werde.

Der **Bürgermeister** bestätigt, dass die Tendenz dahin gehe. Vor einer endgültigen Beantwortung dieser Frage werde er noch die Meinung der Vereinsverantwortlichen abfragen.

Kirchen

**Die Struktur- und Sparkommission sieht in dieser Sache keinen Handlungsbedarf.**

Stadtarchiv

**Stadträtin Cremer-Ricken** erklärt, dass auf das Stadtarchiv als „Gedächtnis der Stadt“ nicht verzichtet werden könne.

**Die Struktur- und Sparkommission sieht in dieser Sache keinen Handlungsbedarf.**

Heimatmuseum im Schloss Schönau

Der **Bürgermeister** teilt mit, dass das Museumskonzept derzeit allenfalls in kleinen Teilen umgesetzt werden könne und empfiehlt, den aktuellen Status quo zu belassen.

**Die Struktur- und Sparkommission sieht in dieser Sache keinen Handlungsbedarf.**

Trompetenmuseum

**Die Struktur- und Sparkommission sieht in dieser Sache keinen Handlungsbedarf.**

Haus Fischerzunft

**Stadtkämmerin Huber** informiert über die auf dem Haus Fischerzunft lastende Restschuld in Höhe von € 182.000,-. Die laufenden Zinsen würden von der Stadt gezahlt. Eine Tilgung sei nicht vorgesehen.

**Stadtrat Maier** bittet um Mitteilung, ob der Verein „Haus Fischerzunft“ langfristig am Erwerb des Gebäudes interessiert sei und hierfür entsprechende Rücklagen gebildet habe. Zu prüfen sei auch die Möglichkeit des Immobilienverkaufs an private Interessenten.

Der **Bürgermeister** entgegnet, dass der Verein ein gewisses Vermögen angespart habe und durchaus die Bereitschaft bestehe, einen Sparbeitrag zu leisten. Ein Beschluss in diese Richtung sei bislang aber noch nicht gefasst worden. Das Gebäude selbst sei grundsätzlich verkaufbar.

**Stadtrat Haus** ist sich dessen bewusst, dass im „Haus Fischerzunft“ viel ehrenamtliche Arbeit stecke. Trotzdem dürfe man sich nicht davor scheuen, den städtischen Grundbesitz zu bündeln. Wie Stadtrat Döbele in einer Sitzung des Gemeinderates bereits mitgeteilt habe, weise der Verein rückläufige Mitgliederzahlen auf. Es müsse deshalb mit den Verantwortlichen darüber gesprochen werden, ob und inwieweit die Mitgliederzahl gestärkt und das Haus in drei bis vier Jahren vom Verein übernommen werden könne. Soweit diese Option nicht bestehe, könne an einen Verkauf gedacht werden. Der Verkaufserlös könne dann kulturellen Zwecken zukommen.

**Stadträtin Cremer-Ricken** bezweifelt, dass das Haus Fischerzunft einfach zu veräußern sei. Sie bitte in diesem Zusammenhang um eine Information über die Historie der Gebäude- und Vereinsentwicklung und eine Zusammenstellung der Protokollergebnisse der Gemeinderatssitzungen zu diesem Thema.

**Stadtrat Hansmann** befürchtet ebenfalls Schwierigkeiten bei einem möglichen Verkauf des Gebäudes, zumal ein neuer Eigentümer erhebliche und kostenintensive Umbauten vornehmen müsse.

Der **Bürgermeister** weist darauf hin, dass die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg in verschiedenen Untersuchungen den erheblichen Immobilienbestand der Stadt moniert habe. Insofern müsse es ein langfristiges Ziel sein, die städtischen Immobilien zu reduzieren.

**Die Verwaltung wird beauftragt, die Struktur- und Sparkommission über die Gebäude- und Vereinshistorie des Hauses Fischerzunft zu informieren und in diesem Zusammenhang auch die Protokollergebnisse der Gemeinderatssitzungen in dieser Angelegenheit zusammenzustellen.**

**Mit der Vereinsführung des Hauses Fischerzunft sind dahingehend Gespräche zu führen, ob das Gebäude mittelfristig von dem Verein übernommen werden kann oder ob ein Verkauf der Immobilie denkbar ist.**

#### Gloria-Theater

**Die Struktur- und Sparkommission empfiehlt dem Gemeinderat, der Hochrhein-Musicals GmbH keine Zuschüsse für das Mittwochs-kino über das Jahresende 2010 hinaus zu gewähren.**

Weiter informiert der Bürgermeister, dass die Kostenmiete für das Gloria-Theater kürzlich angepasst worden sei. Derzeit nehme die Stadtkasse einen Betrag von € 2.000,--/Monat ein.

Auf Anfrage von Stadtrat Schoo sichert er zu, noch über den definitiven Zeitpunkt der Mietanpassung zu unterrichten.

In den nächsten Wochen werde eine Vollsanieung des Daches auf Kosten der Stadtwerke erfolgen. Dafür gehe die Stadt die Verpflichtung ein, dass das Gloria-Theater in absehbarer Zeit an das Fernwärmenetz des Versorgungsunternehmens angeschlossen werde.

#### Verschiedenes

**Stadtrat Butz** bittet, die nicht in der Struktur- und Sparkommission engagierten Stadträte über die Sitzungstermine des Gremiums zu informieren und ihnen die Unterlagen nach Möglichkeit auf elektronischem Weg zur Verfügung zu stellen.

Der **Bürgermeister** sichert zu, die Angelegenheit verwaltungsintern zu besprechen.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit müssten die restlichen Punkte zu den Einzelplänen 4 und 5 in der Sitzung der Kommission am 19. Juli 2010 erörtert werden.

Es sei schon heute erkennbar, dass aufgrund des großen Beratungsbedarfes noch ein weiteres Zusammentreffen der Struktur- und Sparkommission erforderlich sei. Ein entsprechender Terminvorschlag werde in Kürze unterbreitet.

Der Bürgermeister:

Der Protokollführer: